

Verwahrt bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag?

Asyl Westbalkan-Flüchtlinge müssen oft monatelang in Erstaufnahme-Einrichtungen ausharren – Die Folgen sind fatal

Von unserem Redakteur
Dietmar Telsler

■ **Ingelheim.** Es ist ein Leben auf engstem Raum, die Kinder können keine reguläre Schule besuchen, der Alltag ist vom Warten geprägt: Das Leben für Flüchtlinge in den Erstaufnahme-Einrichtungen des Landes wird immer prekärer. Das kritisieren Flüchtlingshelfer aus Rheinland-Pfalz. So müssen Asylbewerber derzeit zum Teil mehr als sechs Monate in den Unterkünften ausharren. Dabei sind die Heime eigentlich nur für die ersten Wochen nach ihrer Ankunft gedacht. „Die langen Aufenthaltszeiten sind menschenrechtlich hoch problematisch“, kritisiert Uli Sextro, Referent für Flucht und Migration der Diakonischen Werke in Rheinland-Pfalz.

Der Grund dafür ist politisch gewollt: Asylbewerber aus sicheren Herkunftsländern – etwa Serbien, dem Kosovo und Montenegro – werden seit dem Jahr 2015 nicht mehr auf Kommunen verteilt. Damit sollten unter anderem die Kommunen unterstützt werden. Die Behörden gehen davon aus, dass Asylanträge der Westbalkan-Flüchtlinge abgelehnt werden und sie das Land in nächster Zeit verlassen. Bis dahin fallen sie den Gemeinden nicht zur Last – und bleiben in den Massenunterkünften.

Das Asylgesetz sieht zwar vor, dass die Pflicht, in den Erstaufnahme-Einrichtungen zu wohnen, dann entfällt, wenn eine Abschiebung „kurzfristig“ nicht möglich ist, doch über die Interpretation der Bezeichnung „kurzfristig“ gibt es offenbar unterschiedliche Ansichten. Vor allem Abschiebehindernisse führen nun offenbar dazu, dass Flüchtlinge ungewöhnlich lang in den Einrichtungen leben müssen.

Diese Situation ist nach Ansicht der Flüchtlingshelfer gleich aus mehreren Gründen problematisch. Unterkünfte wie in Ingelheim seien nicht für längere Aufenthalte konzipiert. „In den Unterkünften werden die Menschen mit Blick auf die medizinische Hilfestellung und auf schulische Belange nicht ausreichend versorgt“, sagt Marie



„Menschenrechtlich hochproblematisch“: Flüchtlingshelfer kritisieren die mitunter lange Aufenthaltsdauer in der Aufnahmeeinrichtung Ingelheim. Foto: dpa

Weber, Asylreferentin von Amnesty International für den Bezirk Mainz-Wiesbaden.

Gerade für chronisch Erkrankte sei die gesundheitliche Versorgung problematisch, bestätigt auch Sextro. Vorgesehen ist meist nur eine Notversorgung. Viele Kinder könnten zudem eigentlich eine Schule besuchen – angeboten werden aber nur freiwillige Deutschkurse. Ein Aussetzen der Schulpflicht bei Aufenthalt von sechs bis acht Wochen sieht Sextro noch als unproblematisch an, doch bei einem Aufenthalt von mehreren Monaten bis zu fast einem Jahr werde dies zum Problem. „Es ist nicht gut, wenn Menschen, die beispielsweise aus gesundheitlichen Gründen nicht abgeschoben wer-

den, bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag in einer solchen Einrichtung verbleiben müssen“, sagt Sextro. „Ich glaube, dass man sich für die-

3

Monate lang durften Flüchtlinge in der Vergangenheit in Erstaufnahme-Einrichtungen untergebracht werden. 2015, im Jahr der Flüchtlingskrise, wurde die maximale Dauer auf sechs Monate erhöht. Für Asylbegehrende aus sicheren Herkunftsländern gibt es hingegen seither keine Frist mehr.

se Fälle etwas überlegen muss.“ Mit ihrer Kritik widersprechen die Flüchtlingshelfer auch einer Stellungnahme der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion des Landes (ADD), die zuvor Missstände in den Unterkünften abgegriffen und auf einen durchschnittlichen Aufenthalt von drei Monaten verwiesen hatte.

Anlass waren Berichte des Kinderhilfswerks Unicef und der Berliner Charité, die die Situation für Kinder und Frauen in deutschen Einrichtungen kritisierten. Demnach gaben 22 Prozent der befragten Asylsuchenden an, dass sie mehr als sechs Monate lang in den Massenunterkünften untergebracht wurden. Laut der Studie fehlten vielfach Aufenthaltsräume

sowie strukturierte Lern- und Freizeitangebote. „Der Alltag vieler geflüchteter Mädchen und Jungen ist geprägt von Tristesse und Warten“, schreibt Unicef. Das Kinderhilfswerk forderte unter anderem, dass in den Einrichtungen Schutzkonzepte erarbeitet werden. Zudem regte Unicef an, in Unterkünften ein Beschwerdemanagement zu etablieren.

Zumindest im Kleinen könnten aber bereits kurzfristig Verbesserungen geschaffen werden. Sextro plädiert dafür, dass mehr Angebote geschaffen werden, damit die Bewohner sich dort sinnvoll beschäftigen können. Dafür sei es aber auch notwendig, dass das Land für die Betreuung und Beratung genügend Personal vorhält.

Diäten-Plus: DGB will auch mehr für Beamte

Landtag Muscheid fordert gleiches Recht für alle

■ **Rheinland-Pfalz.** Der Landtag will sich morgen mit den Stimmen von SPD, CDU, FDP und Grünen seine Abgeordnetendiäten kräftig erhöhen – auch weil sie im Vergleich zu Politikern in Parlamenten anderer Länder deutlich hinterherhinken. Aber: Der Landesvorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB), Dietmar Muscheid, fordert in einem offenen Brief: „Es muss gleiches Recht für alle gelten.“ Denn auch Lehrer, Polizisten wie die Verwaltungsbeamten in Rheinland-Pfalz verdienen deutlich weniger in anderen Ländern.

Als Beispiel nennt Muscheid die Gehaltsstufe A 9, mit der etwa Polizisten eingestellt werden. Ein Kollege verdiene in dieser Stufe in Hessen 500 Euro und in Baden-Württemberg sogar 1700 Euro jährlich mehr. In der Gehaltsstufe A 13 macht der Unterschied – sagt Muscheid – zu Hessen 1700 Euro und zu Baden-Württemberg ganze 3300 Euro pro Jahr aus. Da könne man es keinem Beamten verdenken, wenn er von Mainz nach Wiesbaden oder von Ludwigshafen nach Mannheim an lukrativere Stellen wechselt, meint der Gewerkschaftsmann. Auch wegen der drohenden Abwanderung von Nachwuchs müssten die Bezüge jetzt angepasst und wie die Diäten deutlich erhöht werden.

Das Mainzer Finanzministerium will zwar den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst auf die Beamten und Pensionäre übertragen, aber nicht – wie gefordert – darüber hinausgehen. Der Abschluss sieht

vor, dass die Beschäftigten rückwirkend zum 1. Januar 2 Prozent und ab 1. Januar 2018 nochmals 2,35 Prozent mehr erhalten.

Auch die Landesvorsitzende des Beamtenbunds, Lilli Lenz, hat scharf kritisiert, dass sich die Landtagsabgeordneten im Hauruckverfahren einen bemerkenswert hohen Zuschlag von mindestens 17,5 Prozent genehmigen wollten, bis 2020 die Schuldenbremse im Landeshaushalt greift. Die Beamten sollten sich aber mit deutlich weniger zufrieden geben.

Die Diäten sollen nach dem Gesetzentwurf, der heute den Landtag passieren dürfte, monatlich von rund 5812 Euro im vergangenen Jahr auf knapp 6829 Euro im Jahr 2020 erhöht werden. Damit wollen die vier Fraktionen die Diäten auf das Niveau der Besoldungsgruppe A 16 für Beamte heben. „Das ist die Besoldung, die einem Bürgermeister der kleinsten Verbandsgemeinde in Rheinland-Pfalz zusteht“, betont der parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Martin Haller.

Auch der Grundbetrag für eine Landtagsfraktion soll von monatlich 56 800 Euro 2016 auf 60 000 Euro in diesem Jahr und 63 000 Euro im nächsten Jahr steigen, ebenso der Betrag pro Parlamentarier und Monat. Die Kosten belaufen sich sich in diesem Jahr auf rund 1,6 Millionen Euro. Die AfD will nicht für höhere Diäten stimmen. Sie fühlt sich zudem bei den Plänen von den anderen Fraktionen überrumpelt. Ursula Samary

Nadelöhr Schiersteiner Brücke bald vorbei?

Verkehr Behörde prüft Öffnung der zweiten Spur

■ **Wiesbaden/Mainz.** Pendler im Glück: Die Autofahrer auf der A 643 zwischen Mainz und Wiesbaden können auf eine schnelle Entspannung der Verkehrssituation hoffen. Nach Angaben von Hessen Mobil stehen die Prüfungen, ob bei den Bauarbeiten zur Schiersteiner Brücke ein Nadelöhr in Hö-

he der Abfahrt Mainz-Mombach in Richtung Wiesbaden künftig wieder zweispurig befahren werden kann, unmittelbar vor dem Abschluss. „Das Ergebnis der Nachrechnungen steht kurz bevor und wird Ende dieser oder Anfang nächster Woche mitgeteilt werden“, sagte ein Sprecher der Verkehrsbehörde.

Auf der Brücke geht es ohnehin nur um eine Zwischenlösung bis zum Spätsommer. Bis dahin soll

der erste Teil der neuen Brücke fertiggestellt sein. Die Autobahnbrücke über den Rhein zwischen Hessen und Rheinland-Pfalz wird komplett neu gebaut. Parallel zur alten Brücke entsteht die neue. Bei den Bauarbeiten war im Februar 2015 ein Pfeiler abgesackt und hatte die Region in wochenlanges Verkehrschaos gestürzt, weil die Brücke komplett gesperrt werden musste. Das gesamte neue Bauwerk soll bis Mitte 2020 fertig sein.

Mehr Teamarbeit in Pfarreien gefragt

Kirche Bistümer erproben Modelle für die Zukunft mit weniger Priestern

■ **Mainz/Trier/Speyer.** Die Bistümer Mainz, Trier und Speyer halten an der Leitungsfunktion des Priesters in der Pfarrei fest, wollen die Geistlichen aber von Verwaltungsaufgaben entlasten. Ein zu Beginn der Woche vorgestelltes Projekt im Erzbistum München sieht die Möglichkeit vor, dass sich der Priester die Leitung der Pfarrei mit haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern teilt. „Im Team ist keiner der Chef“, sagte Erzbischof Reinhard Marx. So weit wollen die Bistümer mit Sitz in Rheinland-Pfalz allerdings nicht gehen.

„Das Profil des leitenden Pfarrers ist die Leitung der Pfarrei“, sagt der Speyerer Bistumssprecher Markus Herr. Diese Aufgabe werde nicht in die Hand von Laien gegeben. Aber im Gespräch ist ein neues Leitungsverständnis mit dem Begriff der „ermöglichenden Leitung“: Hier geht es darum, die Fähigkeiten von Gemeindegliedern aufzugreifen, einzubinden und „Voraussetzungen zu schaffen, dass



Münchener Erzbischof Marx: „Im Team ist keiner der Chef.“ Foto: dpa

Begabungen sich entfalten können“. Zur Entlastung der Pfarrer von Verwaltungsaufgaben wurden sechs Regionalverwaltungen geschaffen. Und seit Beginn des vergangenen Jahres gibt es im Bistum Speyer statt der zuvor 346 Pfarrgemeinden nun 70 Pfarrereien.

Im Bistum Mainz wurden zur Entlastung von Gemeinden mit Kindertagesstätten seit dem vergangenen Jahr vier hauptamtliche Geschäftsträger berufen. Diese Geschäftsträger könnten nun Auf-

gaben etwa in der Personal-, Finanz- und Gebäudeverwaltung übernehmen, erklärt Bistumssprecher Tobias Blum.

Bereits 2007 wurde eine Strukturreform abgeschlossen, bei der die zurzeit 303 Pfarreien in Pfarrereienverbänden (mehrere selbständige Gemeinden mit jeweils einem Pfarrer) und Pfarrgruppen (Zusammenschluss mehrerer Gemeinden unter Leitung eines Pfarrers) geschaffen wurden. Weitere Reformschritte wird es zunächst nicht geben. Erst wird die Wahl eines neuen Bischofs abwartet.

Hingegen steht im Bistum Trier jetzt die Umsetzung der von der Synode 2016 verabschiedeten Reform an. Im Mittelpunkt steht das Konzept einer „Pfarrei der Zukunft“ mit Überlegungen „in Richtung von Leitungsteams, auch um Laien stärker in Verantwortung zu bringen“, wie Bistumssprecher André Uzulis erklärt. Das Kirchenrecht sehe aber vor, dass die Hauptverantwortung bei dem Priester liege.

Kompakt

Der Rhein ist inzwischen relativ sauber

■ **Rheinland-Pfalz.** In dicht besiedelten Gebieten bereiten Schadstoffe im Wasser dem Landesamt für Umwelt (LfU) Sorge. Betroffen seien vor allem die Gegenden rund um die Großstädte und die Vorderpfalz, sagte Peter Diehl vom LfU in Mainz. Im Rhein hingegen seien Schadstoffe inzwischen ein geringeres Problem. „Im Rhein wird das Abwasser stark verdünnt.“ In Rheinland-Pfalz besonders sauber sind nach Diehls Angaben die Gewässer im Pfälzer Wald, im Hunsrück und in der Eifel. Wie das LfU berichtet, belasten vor allem Pflanzenschutzmittel sowie Chemikalien aus der Metallindustrie und Arzneimitteln das Wasser. Dazu kommen Duftstoffe im Duschgel und Chemikalien aus Spülmaschinentabs. Über die Wirkung dieser Stoffe wisse man noch wenig.

Berufsverbot für Weinpanscher

■ **Bad Kreuznach.** Gepanschte Weine mit gefälschten Zeugnissen hat eine im rheinhessischen Aspispheim ansässige Weinhandlung über fünf Jahre nach Russland ausgeführt. Dafür verurteilte das Landgericht Bad Kreuznach das Ehepaar, das die Weinhandlung führte, und zwei ehemalige Mitarbeiterinnen zu Bewährungsstrafen zwischen sechs Monaten bis zu zwei Jahren sowie zu Geldbußen von 1000 Euro bis 1500 Euro. Aus dem Vermögen des Ehepaares fallen 133 000 Euro an den Staat. Der 54-jährige Winzermeister und Weinbautechniker erhielt zudem ein Berufsverbot, in den nächsten fünf Jahren darf er lediglich im Weinberg arbeiten. chj

Land in Zahlen

978 200

Euro hat Rheinland-Pfalz seit 2004 für Planungen zur angestrebten Mittelrheinbrücke ausgegeben. Allerdings habe die Straßenbauverwaltung schon 1980 eine erste Variantenstudie erstellt, teilte Wirtschaftsminister Volker Wissing (FDP) auf eine Kleine Anfrage der AfD-Fraktion mit. Der Landesbetrieb Mobilität verfüge aber erst seit 2004 über Angaben zu Planungskosten.

Bleiben Schulen im Dorf?

Bildung Ministerium legt Leitlinien zur Prüfung vor

■ **Rheinland-Pfalz.** Bleibt die Schule noch im Dorf, wenn immer weniger Kinder zur Welt kommen? Das fragen sich viele Gemeinden. Das Mainzer Bildungsministerium hat jetzt Leitlinien für ein Grundschulangebot endgültig festgezurr – und damit Kritik der CDU auf sich gezogen. Zuletzt sind noch Stellungnahmen von Kommunen, Lehrern, Eltern- und Schülervertretern ausgewertet worden.

Konkret geht es um 41 kleine Grundschulen, die das Land angesichts des demografischen Wandels unter die Lupe nehmen will. Deren Träger – Verbandsgemeinden oder Gemeinden – müssen bis zum 30. September anhand der „Leitlinien für ein wohnortnahes Grundschulangebot“ prüfen, ob und wie Schulen erhalten bleiben können. Dann prüft die Aufsichtsbehörde ADD einzeln und entscheidet, ob die Schule eine Chance hat oder voraussichtlich zum Schuljahr 2018/19 doch schließen muss.

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Anke Beilstein, moniert: Der Kreis der von einer Schließung bedrohten Grundschulen werde noch einmal ausgeweitet. Denn offenbar gerieten nicht nur zweiklassige, sondern auch dreiklassige Schulen in den Blickpunkt. Das Ministerium widerspricht. Die Zahl der 41 zu prüfenden Schulen sei unverändert. Man habe sich bewusst gegen starke Mindestgrößen entschieden. Es werde einzeln geprüft.